

Entwurf und Pressemitteilung

Haushaltsrede 15. Dezember 2010 – Es gilt das gesprochene Wort!

Zum Haushalt:

Die schwierige finanzielle Lage der Kommunen und damit auch für Wunstorf resultiert aus dem zunehmenden Auseinanderdriften von Einnahmen und Ausgaben. Die Steuereinnahmen sind durch erhebliche Änderungen im Steuerrecht und durch die Wirtschaftskrise deutlich zurückgegangen. Analisten gehen davon aus, unsere Wirtschaft wird noch bis zum Jahr 2013 brauchen, um die gleichen Steuereinnahmen zu bringen, wie vor der Krise.

Die Region Hannover sieht eine positive Entwicklung in ihrem Haushalt. Kein Wunder, kostenintensive Dinge werden über die Regionsumlage auf die Umlandkommunen verlagert oder wie im Fall der Jugendhilfe, bzw. Jugendämter mit Hilfe des Landes direkt an einige Kommunen wie Wunstorf weiter gereicht. Steuersenkungen des Bundes wirken auf die Kommunen. Das Bürgerentlastungsgesetz der großen Koalition bringt Mindereinnahmen bei den Kommunalen Haushalten. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der jetzigen Regierung belastet die Kommunalen Haushalte in der Form, dass mehr Investitionen getätigt werden müssen. Positiv ist: Wer vorausschauend geplant hat, kann Investitionen vorziehen, Werte schaffen und bekommt Fördergelder. Dennoch muss mehr als ursprünglich geplant ausgegeben werden - im Falle Wunstorfs rund 2,5 Millionen – wobei der Anteil von Wunstorf immerhin noch 600.000 Euro beträgt.

Der Rückgang der Gewerbesteuer, bzw. die extreme Schwankung der Selben über die Jahre dienen nun auch noch als Argumente für eine Abschaffung. Das wäre jedoch fatal, gehört die Gewerbesteuer doch zu den dynamischsten Steuerarten überhaupt. Der wieder beginnende Aufschwung lässt sich direkt ableiten. Auch aktuell wächst das Aufkommen aus der Gewerbesteuer. Die Stadtverwaltung hatte für den Haushalt 2011 eine Nettoneuverschuldung von 3,65 Mio. vorgesehen. Die zurzeit guten Prognosen für die Steuereinnahmen lassen vermuten, die Stadt Wunstorf kommt um eine Neuverschuldung herum, aber für wie lange? Wünschenswert ist eine Verstärkung der Gewerbesteuer, bzw. eine Ausweitung auch auf Freiberufler, wie z.B. Anwälte und Wirtschaftsprüfer usw. Sie partizipieren auch von der Infrastruktur der Kommunen und erhalten ihre Aufträge von den Menschen und Firmen, die in ihrer Kommunen leben.

Die wegbrechenden Gewerbesteuereinnahmen der letzten zwei Jahre konnte die Stadt Wunstorf nur mit Steuererhöhungen und Plünderung der Rücklagen egalisieren, um die Haushalte 2009 und 2010 ausgeglichen abzuschließen.

Nur zur Erinnerung:

Gewerbesteuer	2008: 25 Mio.	im Ausnahmejahr
	2009: 4,7 Mio.	Wirtschaftskrise
	2010: 13 Mio.	voraussichtlich
	2011: 13,7 Mio.	veranschlagt

Die Rücklagen von 16 Mio sind komplett aufgebraucht – d. h., Wir haben nichts mehr auf der hohen Kante!

Aktuell hat die Stadt Wunstorf eine Verschuldung von rund 30 Mio. Euro, das macht einen Schuldendienst von ca. 3 Mio. Euro, bzw. Zinsen von 1,7 Mio. pro Jahr! Zum Vergleich: die Investitionen der letzten Jahre betragen 6 – 10 Mio. pro Jahr. Wenn die Stadt immer neue Schulden macht, bedienen wir irgendwann nur noch die Banken und wir werden handlungsunfähig. Die Zeche müssten dann unsere Kinder zahlen. Für die mittelfristige Finanzplanung bis 2014 werden wir für die notwendige Sanierung der Schulen, Straßen und Abwasserleitungen, sowie Neubau von Kitas und Krippen oder der Neuanmeldungen aus den Ortsräten 15 Mio. Euro bereitstellen müssen, ohne Berücksichtigung von unvorhergesehenen Dingen, die durchaus auch noch kommen können, wie die vergangenen Jahre immer wieder gezeigt haben. Eine solide Gegenfinanzierung über Steuereinnahmen ist heute noch nicht wirklich sicher absehbar. Wenn wir über Kredite finanzieren müssten, kann unsere Verschuldung bis 2014 schnell 45 bis 50 Mio Euro betragen.

Diese Herausforderung kommt der Quadratur des Kreises nahe. Das Ziel: Bei nicht verlässlichen Einnahmen unsere Werte erhalten - bei gleichzeitigem Schuldenabbau!

In der Wirtschaft werden Schulden immer gerne über die Verringerung der Personalkosten ausgeglichen. Eine ähnliche, wenn auch nicht so gravierend ausfallende Entwicklung sehen wir auch bei der Stadt Wunstorf. Die Personalkosten haben sich im Vergleich zum Jahr 2009 nur um 0,4 % erhöht. Das, obwohl der Tarifabschluss von 2010 eine Erhöhung in drei Stufen bis August 2011 um insgesamt 2,3 % vorsieht. Als Verdi-Kollege hätte ich Ihnen, Werte Kolleginnen und Kollegen, gerne die 2,3 % schon im letzten Jahr gegönnt. Als Kommunalpolitiker bin ich froh darüber, dass Sie so genügsam sind. Unterm Strich müssen weniger Leute die gleiche oder mehr Arbeit machen. Wir sehen, dass die Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung gut

ausgelastet sind. Aus eigener Erfahrung kann ich die Menschen, die hier arbeiten, nur loben. Wie es der Bürgermeister immer wieder betont und ich bestätigen möchte, hier herrscht eine Dienstleister-Mentalität. Aber, wir haben auch Arbeitsverdichtung, z. B. durch die Konjunktur-Programme.

Darum spricht sich die CDU/UWG – Gruppe für eine personelle Aufstockung gerade im Bauamt aus. Nur so können unsere sportlich gesetzten Bauprojekte in den nächsten Jahren überhaupt und kostengünstig realisiert werden.

Bau –Investitionen

Da ich gerade bei Bauprojekten bin, kann ich mir einen kleinen Rückblick nicht verkneifen. Betrachten wir rückwirkend einmal den Alten Markt: Die CDU/UWG-Gruppe hatte im Vorfeld der Planungen mehrfach eine zu kostspielige Umsetzung kritisiert. Wir hatten einen Alternativvorschlag mit 360.000 Euro für die Ausführungen. Die Mehrheitsgruppe favorisierte die Planung einer Luxusvariante mit rund 700.000 Euro zuzüglich einiger Extras wie Beleuchtung und Toilette. Die tatsächlichen Sanierungskosten der Kanalisation waren nur zu ahnen. Die kamen dann auch richtig teuer und der zwangsweise auferlegte Sparkurs führte zur annähernden Umsetzung des CDU/UWG-Vorschlages.

Wenn die Kolleginnen und Kollegen der SPD nun meinen, ich wollte Ihnen die Errungenschaften des „Alten Markt“ abspenstig machen und als CDU/UWG-Idee verkaufen wollen, so kann ich hier ausdrücklich sagen: „Dem ist nicht so!“ Und das aus gewichtigen Gründen. Zum Einen war die Investition für den Alten Markt bei allem schlank rechnen, immer noch sehr hoch und zum Anderen ist und bleibt der Alte Markt unterm Strich – wenn auch neu und schöner – ein Parkplatz.

Es wäre auch viel schlüssiger gewesen, die Lange Straße West vor dem Alten Markt anzufassen. Nun, der Kanal der Lange Straße West ist sanierungsbedürftig und wir werden die Straße ab dem nächsten Jahr komplett erneuern. Sehr schön aus unserer Sicht: Die Umsetzung erfolgt entsprechend unseren Vorschlägen aus dem Jahr 2007. 2007 haben wir ebenfalls schon eine Aufstellung von Kanalbau-Sanierungsmaßnahmen eingefordert. Aus rechtlichen Gründen müssen diese Dinge jetzt konkret umgesetzt werden. Für die Zukunft sollte das heißen: Straßen können nur erneuert werden, wenn sie selbst extrem oder der Kanal darunter saniert werden muss. Im Hochbau sehen wir

für die kommenden Jahre folgende Prioritäten: In erster Linie müssen wir unsere Werte erhalten, vordringlich ist hier die Gebäudesubstanz von Schulen, Kitas und Krippen.

Finanzen

Vor dem Hintergrund, dass in den nächsten Jahren zwingende Investitionen im zweistelligen Millionen-Bereich auf uns zu kommen, wollen wir einen konsequenten Sparkurs fahren. Wir sollten, nein wir können nicht mehr weiter machen wie in der Vergangenheit. Unsere Motivation für den Haushalt 2011 ist, dass streichen oder schieben, was machbar ist. Für die mittelfristige Finanzplanung sehen wir ein konsolidieren der Haushalte vor.

Auf unserer Klausurtagung haben wir rund 30 Vorschläge mit Einsparvolumen von einer Mio Euro aufgelistet und der Verwaltung zwecks Prüfung übergeben. Davon sind bereits Teile in die Ergänzungsvorlagen der Verwaltung eingeflossen. Verblieben sind 8 Positionen mit einem Einsparvolumen von rund 250.000 Euro, um den Haushalt 2011 noch weiter zu entlasten. Die Verwaltungsfachleute haben uns die Machbarkeit bestätigt. Die Mehrheitsgruppe wollte mit uns über diese Möglichkeiten nicht mehr reden, und ich habe die Befürchtung, sie werden in der anschließenden Abstimmung abgeschmettert.

In diesem Zusammenhang ist es für uns nicht nachvollziehbar, wenn die Mehrheitsgruppe für die Umgestaltung des Niedernfeld in Bokeloh 35.000 Euro vorzieht und zusätzlich in den Haushalt 2011 einstellt. Darüber hinaus planen Sie für das Jahr 2012 insgesamt 250.000 Euro für die Umgestaltung des Niedernfeld und den Ausbau Nordwall/Nordstraße in Wunstorf vorzuziehen. Ohne Not – Kanaltechnisch muss da noch nichts gemacht werden und die Oberflächen an sich sind noch recht passabel. Bleibt zu hoffen, dass die Einnahmen der Stadt so fließen, wie es prognostiziert wurde und keine außergewöhnlichen Ausgaben auf die Stadt zu kommen.

Schule; IGS Auswirkungen auf HH

Durch die in diesem Jahr gestartete IGS ist und wird die Schullandschaft in Wunstorf nachhaltig verändert. Grundsätzlich haben wir Bedenken bezüglich einer IGS, weil der Leistungsgedanke unter Umständen zu kurz kommt, da eine Benotung im herkömmlichen Sinn erst ab der 9. Klasse erfolgt. Gute Schulen zeichnen sich aber in erster Linie durch gute und motivierte Pädagogen und ein schlüssiges Gesamtkonzept aus. Das scheint der Fall zu sein! Darüber hinaus befürworten wir ausdrücklich eine kirchliche Trägerschaft. Auch wegen der erforderlichen hohen Investitionen für Sanierung und Ausbau der IGS wünschen wir uns diesen Partner.

Der drohende demographische Wandel, die kommenden hohen Investitionen bei der IGS und der große Sanierungsbedarf an fast allen Schulen in den nächsten Jahren, könnte, bei harten wirtschaftlichen Überlegungen, dazu führen die Graf-Wilhelm-Schule zu schließen.

Wir wollen dies aber verhindern und besonders die Grundschulen sowie die Gymnasien erhalten, stärken und ausbauen. Den Neubau der Oststadt-Turnhalle haben wir als Dringlichkeit gesehen. Wir freuen uns, dass die Mehrheitsgruppe in Ihren Überlegungen nun endlich zum gleichen Ergebnis gekommen ist.

Rund 50 % der Schüler in Wunstorf gehen auf Grundschulen. Nach dem Motto: „Kurze Beine – Kurze Wege“ – müssen die Grundschulen besonders in den Ortsteilen erhalten bleiben. Die erforderlichen Investitionen müssen mittel- und langfristig gewährt sein. Auch das Betreuungsangebot nach dem Unterricht ist nach Möglichkeit auszuweiten.

Das Hölty- und das Graf-Wilhelm-Gymnasium dürfen durch die IGS nicht zu kurz kommen. Wenn wir den Standort in Steinhude durch Einrichtung der von der Landesregierung vorgeschlagenen Oberschulen sichern könnten, so stehen wir dieser Idee offen gegenüber.

Soziales

Die große Koalition hat uns durch die neuen Sozialgesetze u. a. den Ausbau von Kinderkrippen beschert. An und für sich eine gute Sache. Leider bringt das der Stadt eine Verdopplung der Kosten für Krippen, auch weil das Land Niedersachsen bisher seinen Verpflichtungen nicht im entsprechenden Maß nachgekommen ist. Darüber hinaus ist es wünschenswert, die übertriebene gesetzlichen Vorgaben und Standards zu senken, um entsprechend Kosten sparen zu können. Die Folgekosten sind auch nicht unerheblich. Die Zuweisungen an Kita-Träger sind um 13,5% auf insgesamt 4,2 Millionen gestiegen.

Wenn wir trotz aller Anstrengungen den gesetzlichen Anspruch bis 2013 nicht oder nur mit hoher Verschuldung umsetzen können, ist das nicht zu verantworten. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, die Umsetzung dann um 2 bis 3 Jahre zu schieben. Dabei sind Krippenplätze mit pädagogischem Konzept und besonders geschulten Kräften sogenannten Großtagespflegestellen vorzuziehen.

Die Stadt Wunstorf veranschlagt rund 5% des Ergebnishaushaltes für freiwillige Leistungen, das entspricht in etwas dem Doppelten, was vergleichbare Kommunen in Niedersachsen ausgeben. Darunter sind z. B. die Zuschüsse für das Kinder- und Jugendzentrum Bauhof, die Musik- und Volkshochschule sowie die Jugendarbeit in den Vereinen. Größere Einspareffekte sehen wir in diesem Bereich nicht – ganz im Gegenteil.

Wir fördern überwiegend Einrichtungen, Vereine und Verbände im Jugend- und Sozialbereich. So stärken wir die ehrenamtliche Arbeit, die der Stadt letztlich doch Ausgaben erspart, würde sie die Aufgabe selber durchführen. Darüber hinaus erhöhen wir die Vielfalt und die Lebensqualität unserer Stadt im interkommunalen Wettbewerb.

Bei Gesamtausgaben für freiwillige Leistungen in Höhe von rund 2 Millionen Euro müssen wir aber in der jetzigen Situation weiteren Begehrlichkeiten leider eine klare Absage erteilen!

„bezüglich des Kleiderladens haben wir Bedenken. Es gibt in Wunstorf Geschäfte im Niedrigpreissegment und eine ähnliche bei Ex und Job. Es zeichnet sich kein klares Konzept ab und die Hygiene-Problematik ist nicht ausreichend behandelt“

Durch die Neuregelung der Kommunalverfassung wird die Jugendhilfe ab 2012 von der Region an die Kommunen übertragen. Städte, die bisher kein eigenes Jugendamt hatten, werden stärker zur Kasse gebeten. Die Landeshauptstadt wird dadurch voraussichtlich um 3 Millionen Euro entlastet, was aber bei der Stadt Wunstorf mit rund 500.000 Euro pro Jahr an Mehrkosten zu Buche schlägt. Das ist ärgerlich, denn Aufgaben und Kosten der Region werden an Kommunen delegiert, die in der angespannten Haushaltssituation für die Gegenfinanzierung sorgen müssen. In dieser Situation ist zu überlegen, ob die Einrichtung eines eigenen Jugendamtes sinnvoll ist, denn dadurch ist die Jugendhilfe vor Ort natürlich effektiver und mit größerer Bürgernähe zu bewerkstelligen. Um dabei Einsparungen zu ermöglichen, wäre eine Kooperation mit einer Nachbarkommune durchaus denkbar.

Wir sprechen uns für einen Prüfauftrag aus, der die Machbarkeit, die voraussichtlichen Kosten und zu erwartende Synergieeffekte analysiert.

Zum Schluss will ich mich hier an dieser Stelle bei unserem Bürgermeister Rolf-Axel Eberhardt und unserem Kämmerer Hans-Jürgen Wolff bedanken. Sie sind die Dinge unbeeindruckt - mit der Ihnen typischen Ernsthaftigkeit und Seriosität - angegangen. Sie haben, das was nötig war, erklärt und das getan, was notwendig und rechtlich erforderlich ist. Ich glaube, das Ergebnis hilft uns ein Stück weit auch, die prekäre mittelfristige Finanzplanung der nächsten Jahre durchzustehen. Der Haushalt ist nach den gegebenen Rahmenbedingungen ausgeglichen und immerhin noch befriedigend ausgewogen. Wobei wir uns für den Investitionsbereich immer etwas mehr wünschen würden, weil hier politisches Handeln messbar und für den Bürger deutlich sichtbar ist. Der Haushalt trägt in weiten Teilen die politische Handschrift unseres Bürgermeisters, deshalb wollen wir ihm auch zustimmen. Buchhalterisch hat der Kämmerer Jürgen Wolff und sein Team dem Stück Glanz verliehen. Insgesamt ist es eine handwerklich gelungene Arbeit. Dafür möchte ich mich bei allen Beteiligten bedanken.

„Jürgen, gib diesen Dank bitte an Deine Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung mit meiner ausdrücklichen Anerkennung weiter.“

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Jörg Uebelmann, Fraktionsvorsitzender